



Zusatzantrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 16. Februar 2023

von

GR Tristan Ammerer

Betreff: Dringlicher Antrag „Unterstützung beim Wiederaufbau der vom Erdbeben in der Türkei und Syrien betroffenen Regionen“

Es ist der richtige Zeitpunkt, auf allen Ebenen, so auch auf Ebene der Stadt Graz, Möglichkeiten für den Wiederaufbau in der Türkei und Syrien auszuloten. Im Moment geht es um Notfallhilfe, also um Hilfe bei der Bergung von Opfern und um die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur, um das Überleben der Betroffenen zu sichern. Notfallhilfe kann und soll sich aber nicht nur auf die Hilfe vor Ort beschränken.

Die Versorgung der Menschen im Katastrophengebiet ist nicht überall gewährleistet. Improvisierte Zeltbehausungen schützen die Menschen schlecht vor den winterlichen Temperaturen. Es besteht nicht nur die Gefahr von Lebensmittelengpässen und Engpässen bei der Wasserversorgung, sondern auch die Gefahr von Krankheitsausbrüchen. Bereits vor einigen Jahren kam es in den betroffenen Gebieten zu Ausbrüchen der Cholera. All diese Faktoren stellen ein erhebliches Risiko für die vom Erdbeben betroffenen dar.

Um diese Gefahren zu mindern und den Personen zu helfen, die alles verloren haben, stellen auch andere Länder die Möglichkeit bereit, Verwandte aus den Erdbebengebieten für einen begrenzten Zeitraum aufzunehmen.

In diesem Sinn stelle ich namens der Gemeinderatsfraktion der Grüne-ALG folgenden

Zusatzantrag

Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, wird aufgefordert, einen erleichterten Zugang zu Visa, für von der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien Betroffene, zu ermöglichen. Angelehnt an das Modell in Deutschland soll im Sinne der Notfallhilfe umgehend die Möglichkeit geschaffen werden, dass in Österreich lebende Menschen ihre Verwandten aus der Türkei oder Syrien für einen Zeitraum von 6 Monaten unbürokratisch zu sich holen können.